

Zur Abstimmung über das Finanzhaushaltsgesetz Christof Hiltmann und Urs Kaufmann im Streitgespräch

Was tun in der Not: Sparen oder Steuern erhöhen?

Am 24. September entscheidet das Baseltöler Volk über das neue Finanzhaushaltsgesetz. Die Vorlage birgt Zunder: Linke wie SP-Landrat Urs Kaufmann kritisieren, dass das Gesetz einseitig auf Sparen baut. Bürgerliche wie Christof Hiltmann (FDP) betonen, dass die Massnahmen den Kanton in der Not vor dem finanziellen Absturz bewahren.

VON HANS-MARTIN JERMANN

Regierungsrat Anton Lauber betont bei jeder Gelegenheit, das Finanzhaushaltsgesetz (FHG) sei keine Sparvorlage. Es gehe darum, dem Kanton moderne Werkzeuge zur finanziellen Steuerung zur Verfügung zu stellen. Einverstanden, Urs Kaufmann?

Urs Kaufmann: Überhaupt nicht. Kernpunkt des Gesetzes ist ein Mechanismus, der einseitig Ausgabenkürzungen vorsieht, wenn es dem Kanton finanziell nicht gut geht. Deshalb sind wir von der SP dezidiert dagegen. Es wird so getan, als sei das eine rein technische Vorlage, dabei verfolgen die rechte Regierung und der Landrat damit handfeste politische Interessen.

Tatsache ist: Konkret gespart wird mit dem FHG kein einziger Franken.
Kaufmann: Dennoch zieht das Gesetz eine einseitige Abbaupolitik nach sich. Gemäss heutigem Gesetz kann der Kanton in zwei Schritten auf finanzielle Probleme reagieren: Priorität hat die Kürzung von Ausgaben; ist dies nicht mehr möglich, werden die Einnahmen angepasst. Das neue FHG fokussiert nur noch auf Ausgabenkürzungen und damit auf Leistungsabbau, beispielsweise bei Bildung, Gesundheit, Prävention oder Polizei. Steuererhöhungen werden praktisch ausgeschlossen. Kein einziger Schweizer Kanton kennt diese Lösung. In den meisten Kantonen mit entsprechenden Vorgaben sind - als Ultima Ratio selbstverständlich - Steuererhöhungen gesetzlich vorgesehen.
Hiltmann: Es ist nicht korrekt, das als Sparvorlage zu bezeichnen. Definiert wird mit dem FHG unter anderem, wie wir handeln, wenn der Kanton in eine kritische finanzielle Lage gerät. Dort ist neu festgehalten, dass prioritär bei den Ausgaben gehandelt wird, bevor der Kanton bei den Einnahmen

zu schrauben beginnt. Steuererhöhungen sind als Ultima Ratio weiterhin möglich. Der Hintergrund ist logisch und jedem Haushalt bekannt: Wenn das Geld nicht mehr reicht, müssen die Ausgaben gekürzt werden. Der Effekt ist absehbar - im Gegenteil zur Einnahmenseite: Wenn die Steuern erhöht werden, ist ungewiss, ob und wie stark die Einnahmen dadurch steigen.

Herr Hiltmann, Sie müssen zugeben: Die Hürden, höhere Einnahmen zu generieren, sind absichtlich hoch angesetzt.

Hiltmann: Das ist so und zu diesem Grundprinzip stehe ich. Der Kanton Baselland ist an sich mit genügend hohen Finanzmitteln ausgestattet, um seine Aufgaben wahrzunehmen. Bei der Finanzkraft liegt unser Kanton unter den zehn stärksten Kantonen. Bei der Frage, wie viel von diesem Steuersubstrat abgeschöpft wird, befindet sich Baselland im obersten Drittel. Hohe Steuerkraft kombiniert mit relativ hohen Steuern führen zu einer sehr guten Finanzausstattung. Das ist nicht das Problem. Das Problem sind die Ausgaben.

Kaufmann: Der Kanton sieht sich mit ständig steigenden Ausgaben konfrontiert, etwa mit neuen Aufgaben, die der Bund nach unten delegiert. Oder dann gibt es gesellschaftliche Veränderungen, die zu höheren Kosten führen. In den kommenden Jahren werden in der Schweiz die Schülerzahlen um 13 bis 20 Prozent zunehmen. Für unseren Kanton führt dies zu höheren Bildungsausgaben von 40 bis 60 Millionen Franken. Mit dem Mechanismus des FHG muss dieser Betrag anderswo wieder rausgepresst werden.
Hiltmann: Was wäre die Alternative? In einem solchen Fall die Steuern zu erhöhen? Baselland weist für mittlere bis hohe Einkommen bereits heute eine der höchsten Steuerbelastungen aller Kantone auf.

Kaufmann: Das Problem ist doch: Wir sind im Baseltal fast seit einem Jahr-



«Wir sind im Baseltal seit einem Jahrzehnt ununterbrochen am Sparen. Es ist kein Fleisch mehr am Knochen.»

Urs Kaufmann SP-Landrat und Gemeinderat von Frenkendorf



«Baselland ist an sich mit genügend hohen Finanzmitteln ausgestattet. Das Problem sind die Ausgaben.»

Christof Hiltmann FDP-Landrat und Gemeindepräsident Birsfelden



Der eine will weiter sparen, der andere fordert einen Automatismus für Steuererhöhungen: Christof Hiltmann

zehnt ununterbrochen am Sparen. Ein Sparpaket jagt das andere. Mittlerweile ist kein Fleisch mehr am Knochen, abspecken ist nicht mehr möglich. Deshalb funktioniert das FHG nicht.

Umstrittenster Mechanismus des neuen FHG sind die proportionalen Kürzungen. Wann gelangen diese zur Anwendung?

Hiltmann: Es ist mitnichten so, dass wir uns bei einem Ja zum FHG gleich mit einer Sparrunde und proportionalen Ausgabenkürzungen konfrontiert sehen. Die proportionalen Kürzungen kommen erst dann zum Tragen, wenn wegen mehrfacher Defizite das Eigenkapital des Kantons eine gefährliche Untergrenze erreicht. Dann muss der Regierungsrat dem Landrat einen Vorschlag zu linearen Kürzungen in den Direktionen unterbreiten. Dies zudem erst dann, wenn die zuvor erarbeiteten Vorschläge nicht greifen. Das Parlament kann danach immer noch Nein sagen und andere Massnahmen verlangen. Zudem hat das Volk das letzte Wort. Von einem gefährlichen Mechanismus kann also keine Rede sein.

Kaufmann: Sie blenden einen wichtigen Aspekt aus: Die erwähnte Eigenkapital-Schwelle ist nur ein Kriterium; die zweite und wichtigere Vorgabe ist, dass neu die Erfolgsrechnung des Kantons über acht Jahre ausgeglichen sein muss. Ist dies nicht der Fall, greifen die erwähnten linearen Rasenmäher-Kürzungen. Die Gefahr, dass diese zweite Vorgabe nicht eingehalten werden kann, ist doch relativ gross, demnach auch die Gefahr solcher Kürzungen.

Schaut man in die jüngere Vergangenheit des Kantons Baselland, so wären die linearen Kürzungen tatsächlich zum Tragen gekommen.

Hiltmann: Nur wenn die Verwaltung nicht rechtzeitig reagiert hätte. Aber ich muss nochmals fragen: Was ist die Alternative, wenn wir es nicht schaffen, innert acht Jahren eine ausgegli-

chene Rechnung zu präsentieren? Acht Jahre sind eine grosszügige Zeitspanne. Sie erlaubt, dass in einzelnen Jahren Defizite geschrieben werden dürfen. Aber diese müssen in anderen Jahren ausgeglichen werden. Daran ist nun wirklich nichts falsch.

Kaufmann: Dass das Ziel definiert wird, innert acht Jahre das Budget ausgeglichen zu halten, kritisieren wir nicht. Die Frage ist, was die angemessene Reaktion ist, wenn dies nicht gelingt. Da kritisieren wir, dass einseitig Ausgaben gekürzt werden und das erst noch nach dem Prinzip Rasenmäher.

Das Problem der linearen Kürzungen ist doch, dass womöglich nicht dort gespart wird, wo dies effizient und langfristig sinnvoll ist.

Hiltmann: Sie sagen es: Lineare Kürzungen sind ein suboptimales Instrument. Effizient und sinnvoll sparen ist angesagt, bevor diese linearen Kürzungen zum Tragen kommen. Diese sind klar als Notmassnahme gedacht.
Kaufmann: Das Problem ist, dass der Rasenmäher überproportional über jene Bereiche hinweg mäht, die nicht durch Gesetze geschützt sind, zum Beispiel beim Polizeipersonal. Da heisst es am Tag X: «So und jetzt müssen wir 300 Stellen bei der Polizei abbauen.»

Hiltmann: Lineare Kürzungen sind nur ein Thema, wenn Verwaltung und Regierung über mehrere Jahre nicht reagieren. Was, wenn es trotzdem einmal der Fall sein wird? Plädieren Sie etwa für eine automatische Steuererhöhung?
Kaufmann: Ja, als Ultima Ratio halten wir es für sinnvoll, einen solchen Automatismus im Gesetz einzubauen. Wie gesagt: Das ist nichts Exotisches - etliche Kantone machen das so.

Im FHG sind als weitere Notmassnahme einjährige Steuerfuss-Erhöhungen bis maximal fünf Prozentpunkte eingebaut. Diese werden vom Landrat mit einfachem Mehr beschlossen und können per Refe-

Asyl-Affäre: SP steht hinter beiden Seiten

Reinach Nach der öffentlichen Kritik an den eigenen Gemeinderäten wird der SP-Fraktionspräsident von Kollegen getadelt

VON JULIA GOHL

«Für den langjährigen guten Ruf des Asylzentrums ist Farideh Eghbali hauptverantwortlich, für den mittlerweile schlechten Ruf die Chefs in der ganzen Linie.» So äusserte sich SP-Einwohnerat Rudolf Mäder vergangene Woche im «Wochenblatt» zur Reinacher Asyl-Affäre. Mit dieser Kritik am Gemeinderat greift er vor allem auch zwei Parteikollegen an: Gemeindepräsident Urs Hintermann und Gemeinderätin Bianca Maag-Streit.

Gegenüber der bz will Mäder das Thema nicht weiter ausführen. Hinweise aus Reinacher Einwohnerratskreisen legen den Grund nahe: Nachdem auch die «Basler Zeitung» die Äusserungen publik gemacht hatte, habe es vonseiten einiger Fraktionskollegen Kritik gehagelt. SP-Einwohnerat Claude Hodel scheint nicht zu den Kritikern zu gehören. Zur bz jedenfalls sagt er, er würde hinter den Äusserungen seines Fraktionskollegen stehen.

noch keine Auskunft», sagt Maag. «Wir müssen erst einmal parteiintern abklären, was Sache ist und was gesagt wurde.» Entsprechende Gespräche würden schon laufen.

Kein zufälliges Timing

In der «BaZ» fand der nun schweigende Mäder deutliche Worte: «Es ist offensichtlich, dass in der Asyl-Angelegenheit Fehler begangen wurden. Darum müssen die Verantwortlichen endlich hinstehen und die Angelegenheit wieder in Ordnung bringen. Der Gemeinderat soll nun endlich den Blick vorwärts richten und aufhören, sich in Schützengräben zu ver-

«Wir müssen erst einmal parteiintern abklären, was Sache ist und was gesagt wurde.»

Bianca Maag SP-Gemeinderätin

schancen.» Dass sich ausgerechnet in der vergangenen Woche zum ersten Mal ein Reinacher SP-Vertreter in der Asyl-Affäre deutlich äussert, ist wohl kein Zufall. So sehen dies jedenfalls andere

Einwohnerate. Sie glauben: Dass der Gemeinderat an der letzten Einwohnerratssitzung Fragen aus Persönlichkeitschutzgründen nicht beantwortet und stattdessen immer wieder seine Unschuld betont habe, sei Mäder sauer aufgestossen. Dies habe das Fass zum Überlaufen gebracht.

Resultate abwarten

Der SP-Fraktionschef betonte in der «Basler Zeitung» allerdings, dass seine Kritik am Vorgehen des Gemeinderats nicht als Rücktrittsforderung verstanden werden kann. «Menschen sollte man an den Gesamtleistungen messen und nicht an einzelnen Fehlleistungen.» Hintermann habe in der Vergangenheit viel wertvolle Arbeit geleistet.

Die SP stellt zurzeit drei von sieben Gemeinderäten. Würden tatsächlich ein oder zwei von ihnen zurücktreten, könnte die SP diesen Anteil wohl kaum halten. Das sei jedoch nicht ausschlaggebend für seine Überlegungen, so Mäder. Und auch für andere Parteimitglieder scheint diese Überlegung beim Thema Rücktritt nicht im Vordergrund zu stehen. Jedenfalls erwähnen mehrere, dass die Prüfung der Asyl-Affäre durch die Geschäftsprüfungskommission noch ausstehe und deren Resultate für solche Beurteilungen wichtig seien. Die Prüfung wurde vergangene Woche vom Einwohnerrat beschlossen.

Keine Rücktrittsforderungen

Etwas dementiert Hodel jedoch ganz deutlich: Rücktrittsforderungen an die eigenen Gemeinderäte Maag und Hintermann aus SP-Kreisen, wie sie in der «Basler Zeitung» erwähnt werden, habe es nie gegeben. Das sollte eigentlich auch eine Medienmitteilung der SP Reinach klarstellen. Allerdings konnte diese gestern nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden. Deshalb wird sie wohl erst heute an die Medien gelangen. Vorgehen möchte ihr niemand. Diverse Einwohnerräte verweisen als Antwort auf entsprechende Anfragen auf das in Aussicht gestellte Schreiben und schweigen sich aus.

So bleibt die offizielle Haltung der SP in der Zwischenzeit jene, welche sie im Mai kommuniziert hat, als sich die Asyl-Affäre zum grossen Thema mauserte. Damals teilte sie mit, dass sie hinter beiden Seiten stehe, der mittlerweile freigestellten Asylbetreuerin Farideh Eghbali, welche ebenfalls für die SP im Einwohnerrat sitzt, und den involvierten SP-Gemeinderäten.

Bei den angeschossenen Gemeinderäten klingt es ähnlich wie bei den Einwohnerräten. «Wir geben im Moment



Hiltmann (FDP) und Urs Kaufmann (SP), beide Mitglieder der landrätlichen Finanzkommission.

KENNETH NARS

rendum bekämpft werden. Demgegenüber hat die Regierung vorgeschlagen, dass der Landrat per Zweidrittelmehr Steuerfussveränderungen beschliessen könne. Welche Regel finden Sie besser?

Hiltmann: Jene des Landrats: Einfaches Mehr und fakultatives Referendum. So kann das Volk über Steuerfuss-Erhöhungen mitreden. Das war in der Regierungsvariante nicht der Fall.

Kaufmann: Das sehe ich gleich. Dass die Regierung mit dem Zweidrittelmehr eine künstlich hohe Hürde einbauen wollte, liess sich nicht plausibel erklären. Das war ein rein politischer Entscheid, um Steuererhöhungen angesichts der aktuellen Machtverhältnisse im Kanton faktisch zu verunmöglichen. Die nun gewählte Regel ist besser. Gut ist auch sie nicht. Das Ungleichgewicht zwischen automatischen Ausgabenkürzungen und einem freiwilligen Mechanismus bei den Steuern, der durch Landrat und allenfalls eine Volksabstimmung muss, bleibt bestehen. Wir fänden es richtig, wenn auf Gesetzesstufe die Verpflichtung zu Steuererhöhungen, die über ein Jahr hinausgehen, eingebaut würde.

Das FHG stärkt die Finanzkompetenzen der Regierung. Neu kann diese einmalige Ausgaben bis zu einer Million Franken in Eigenregie beschliessen. Bisher waren es bloss 50 000. Ist das gut?

Kaufmann: Nein. Damit geht ein Demokratieverlust einher. Es werden weniger Vorlagen in den Landrat kommen. Die Erhöhung ist zu hoch. Interessanterweise war die SVP in der Vernehmlassung noch derselben Meinung wie wir.

Hiltmann: Ihr Argument ist hanebüchen. Sie politisieren ja auch im Frenkendorfer Gemeinderat. Wie sind da die Finanzkompetenzen geregelt? Sie werden - gemessen an der Grösse der Gemeinde - viel mehr in Eigenregie ausgeben dürfen als die kantonale Regierung.

Eine Million Franken entspricht für den Kanton Baselland mit einem Budget von knapp 3 Milliarden weniger als 0,1 Prozent. Mit dem neuen Aufgaben- und Finanzplan beschliesst der Landrat neu nicht nur Geld, sondern er definiert auch, was für eine Leistung er dafür haben will. Die Kontrolle durch das Parlament wird also gestärkt. Zudem: Die Regierung erhält diese Kompetenz nur innerhalb des beschlossenen Budgets. Die Erhöhung der Kompetenz entspricht einer modernen Verwaltungsführung. Ansonsten muss die Regierung wegen jedem Hafenkäse vor den Landrat.

Kaufmann: Nicht alle Ausgaben unter einer Million Franken sind Hafenkäse. Mich stört es, dass damit die Regierung in sensiblen Bereichen Kürzungen vornehmen kann, ohne dass der Landrat mitbestimmen darf. Erst kürzlich wollte der Regierungsrat die finanziellen Mittel für die Frauenoase streichen. Der Landrat konnte sie retten. Mit dem neuen FHG wäre dies nicht möglich gewesen.

Hiltmann: Das stimmt nicht. Hier geht es um die Art der Ausgabe, nicht darum, wer Ausgaben kürzen darf. Der Landrat darf immer mitbestimmen.

Das FHG versteht sich als Gegenvorschlag zu einer Initiative der SVP. Herr Hiltmann, Ihre FDP sagt sowohl Ja zum Gegenvorschlag, als auch Ja zu Initiative. Weshalb?

Hiltmann: Beide sind besser als der Status quo. Wir können hinter den Forderungen der Initiative stehen, das Eigenkapital des Kantons zu schützen, eine Schuldenbremse einzuführen und die Volksrechte bei Steuererhöhungen zu stärken.

Kaufmann: Einige Forderungen der Initiative sind schlicht nicht umsetzbar, etwa dass Rechnungsdefizite gleich in den Folgejahren mit automatischen Kürzungen kompensiert werden müssen. Die FDP setzt mit ihrem Ja zur Initiative ein unseriöses Signal.

Hiltmann: Unmöglich umzusetzen ist

VORLAGEN IM ÜBERBLICK

Und darum geht's

Mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz (FHG) sollen neue Instrumente zur Steuerung des Kantonshaushalts eingeführt werden. Umstritten sind insbesondere die neuen Notmassnahmen, die ergriffen werden, wenn die Finanzen aus dem Ruder laufen: Dazu gehören proportionale Kürzungen (von den Linken als «Rasenmäher» betitelt) und eine Kreditsperre. Das Jahresbudget wird durch einen vierjährigen Aufgaben- und Finanzplan ersetzt. Der Haushalt muss über acht Jahre ausgeglichen sein. Steuerfusserhöhungen können vom Landrat per einfachem Mehr beschlossen werden und unterstehen dem fakultativen Referendum.

Das FHG ist ein Gegenvorschlag zur restriktiveren Volksinitiative der SVP «Für gesunde Staatsfinanzen ohne Steuererhöhung». Diese fordert zwingende Budgetkürzungen nach Ausgabenüberschreitungen im Vorjahr. Erhöhungen des Steuersatzes benötigen im Landrat ein Zweidrittelmehr und müssen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Eine Landratsmehrheit empfiehlt am 24. September Nein zur Initiative und Ja zum Gegenvorschlag. (HAJ)

die SVP-Initiative nicht, aber eher schwierig und mühsam. Deshalb bevorzugt die FDP bei der Stichfrage klar den Gegenvorschlag, das FHG. Dort müssen Defizite innert vier Jahren kompensiert werden. Das ist ein sinnvoller Zeitrahmen, der es erlaubt, bei gebundenen Ausgaben Verträge zu kündigen.

Kaufmann: Bei einem Ja zur SVP-Initiative wäre finanzielles Chaos die Folge. Leider hat auch der Gegenvorschlag massive Mängel. Deshalb empfehlen wir ein doppeltes Nein.

NACHRICHTEN

SOMMER-ENDE Badewasser aus Pools umweltgerecht entsorgen

Wer nun den Pool im Garten abbaut, dürfe das Wasser nicht unbesehen in den nächsten Gully leiten, teilt die Baselsbieter Bau- und Umweltschutzdirektion mit. Um Umweltschäden zu vermeiden, müsse man das Badewasser nach der letzten Behandlung mit Chemikalien rund zwei Wochen im Pool stehen lassen, damit die eingesetzten Produkte nach und nach ihre Wirkung im Badewasser verlieren. Chlor und andere Präparate gegen Algenwachstum seien für die Bäche giftig. Auch bei kleinen Abwasserreinigungsanlagen können diese Substanzen die Reinigungsleistung reduzieren. Man könne aber das Wasser zwei Wochen nach der letzten Behandlung im eigenen Garten langsam versickern lassen. Es dürfe dabei kein Wasser auf das Nachbargrundstück fliessen. (BZ)

LUPSINGEN Vizepräsident kündigt Rücktritt an

Dario Bischofberger, Vizepräsident des Lupsinger Gemeinderats, demissioniert am Ende Jahr. Er gehört dem Rat seit achteinhalb Jahren an und ist

zuständig für Baubewilligungen, Wasserversorgung, Feuerwehr, Personal und Werkhof. Die Ersatzwahl ist auf den 26. November angesetzt. (BZ)

GRÜNE-UNABHÄNGIGE Nein zur Streichung der Privatschulbeiträge

Die Grünen-Unabhängigen haben zu den eidgenössischen und kantonalen Vorlagen vom 24. September die Parolen gefasst: Nein sagen sie zur «Initiative für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» sowie zur Streichung der pauschalen Beiträge zum Besuch von Privatschulen. Ein Ja empfehlen sie zum Realisierungskredit für die Tramverbindung Margarethenstich und auf eidgenössischer Ebene zur Reform der Altersvorsorge 2020. (BZ)

BIRSSTADT Gemeinsam gegen den Dreck in der Birs

Zum ersten Mal laden die Birsstadt-Gemeinden gemeinsam zur grossen Birsputzete ein. Diese findet am kommenden Samstag 9. September ab 9 Uhr statt. Treffpunkte sind die Bahnhofbrücke Aesch, bei den Sportplätzen im Widenacker Arlesheim, die Tramschlaufe Schänzli in Muttentz und unter der Autobahnbrücke beim Stadion St. Jakob. (BZ)